



Gesundheit für alle!

Antidiskriminierungsverband Deutschland e. V. | advd

VON DER ERFAHRUNG ZUR INTERVENTION

Community-getragene Beratung als Schlüssel für nachhaltige Veränderung

Bericht zum Vernetzungstreffen des advds in Berlin am 4. Dezember 2024 im Rahmen des Modellprojekts "Community-basierte Beratung" mit Beratungsstellen und Community-Akteur*innen aus Berlin, Brandenburg und weiteren Bundesländern

Inhaltsverzeichnis

I. VORWORT

II. ANLASS & AKTUELLE LAGE

III. INPUT UND DISKUSSIONEN

#1 Vorstellung des Gesundheitskollektivs

Ewa Stranskowska (Gesundheitskollektiv)

#2 Input zu Community-Arbeit bei Yekmal e.V.: Einblicke in die Arbeit des kurdischen Elternvereins

Merih Ergün (Yekmal e.V.)

#3 Diskussionsprotokoll (anonymisiert)

IV. TISCHTHEMEN

Tischthema #1: Communityverständnis im Beratungsalltag und Berlin-Brandenburg im Fokus

Charlotte Njikoufon (Kone e.V.), Hải Vân Trịnh (AntiRaktiv Brandenburg - DaMOst e. V., W.I.R. - Werdauer Initiative gegen Rassismus e. V.,) und Sanchita Basu (ReachOut e.V.)

Tischthema #2: Beratungsalltag und Herausforderungen in Berlin und Brandenburg

Verónica Troncoso (Space2grow), Cristina Martín Asensio (ADB Brandenburg), Jan Drunkenmölle (Xenion e.V.)

V. FAZIT

Feedback zum Veranstaltungsraum

Zum politischen und gesellschaftlichen Kontext der Veranstaltung

Quellenverzeichnis und weiterführende Literatur

Impressum

I. VORWORT

Ein Jahr ist es her, und wir denken immer noch gerne zurück an das inspirierende Vernetzungstreffen in Dezember 2024. Im Rahmen des Projektes "Community-basierte Beratung" war und ist es uns ein besonderes Anliegen, den Austausch mit Community Akteuren und Antidiskriminierungsberatungsstellen zu Themen wie Community-Building, Solidarität und Demokratiebildung zu fördern. Diese sind die Grundsteine nicht nur für eine gute Antirassismusberatung, sondern auch für eine Gesellschaft, die allen eine würdige und gerechte Teilhabe ermöglicht. Wir möchten diesen Rückblick und Austausch mit weiteren Community-Organizer*innen und Akteur*innen des Antirassismus-Feldes teilen und hoffen damit, weitere Diskussionen zum Thema Antirassismus-Beratung anzustoßen.

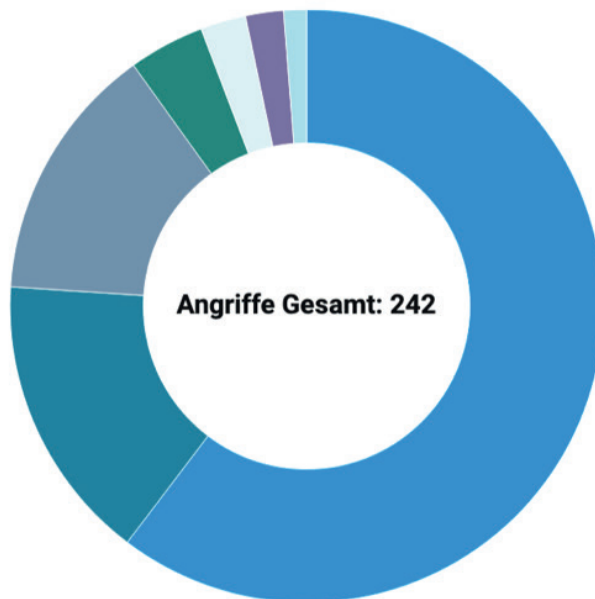
II. AKTUELLE LAGE

Die derzeitige Situation der Beratungsstellen, insbesondere der community-basierten Antirassismus-, Antidiskriminierungs- und Opferberatungsstellen, zeichnet ein vielfältiges Bild. In der Einladung zum Vernetzungstreffen der Modellprojekte „Von Betroffenen zu Akteur*innen – Stärkung von Community-basierten Antirassismus-/ Antidiskriminierungs-Beratungsstrukturen (CbB)“ am 4. Dezember 2024 wurde diese zentrale Fragestellung formuliert: Was bedeutet community-basierte Beratung an der Schnittstelle von Antidiskriminierungsberatung, Community-Arbeit und Sozialberatung? Rassismus zeigt sich in zahlreichen Formen und Mechanismen des Ausschlusses, die sowohl Einzelpersonen als auch Gruppen betreffen. Ebenso vielfältig sind die Wege, die Betroffene und engagierte Akteur*innen einschlagen, um Widerstand zu leisten und solidarische Strukturen gegen Rassismus aufzubauen. Genau dafür haben wir diesen Raum geschaffen - um diese Vernetzung zu ermöglichen und wertvolle Erfahrungen in der Antirassismusberatungsarbeit zu teilen.

Rassistische Gewalt und Diskriminierung sind keine Randphänomene, sondern tief in gesellschaftlichen Strukturen verankert. Dies zeigt sich auch in der Beratungst Statistik in Berlin und Brandenburg, so wie bundesweit.

Zahl rechter Straftaten nach Tatmotiven

Rassismus	(146)
Gegen politische Gegner:innen	(38)
Unbekannt	(34)
Gegen LGBTQ+	(10)
Sozialdarwinismus	(6)
Gegen Nicht-Rechte	(5)
Antisemitismus	(3)



Erstellt mit [Datawrapper](#)

Quelle: "Aktuelle Situation" auf der [Website der Opferperspektive Brandenburg e.V.](#)

Laut aktuellen Zahlen sind rassistisch motivierte Taten mit Abstand die häufigste Form rechter Gewalt in Brandenburg. In Berlin sind besonders die Zahlen von islamfeindlichen Vorfällen in 2024 um 70% gestiegen¹, von Anti-Schwarzen Rassismus bleiben die Fallzahlen unverändert hoch² und die Zahlen von antisemitischen Vorfällen haben sich fast verdoppelt.³ Die Entwicklungen in diesen Regionen spiegeln damit bundesweite Tendenzen wider, wie das **Zivilgesellschaftliche Lagebild Antidiskriminierung 2023** des **advd** (Antidiskriminierungsverband Deutschland) belegt:

¹ Siehe Claim Allianz, "Re-port! Berlin. Antimuslimische Vorfälle in Berlin 2024. Jahresbilanz antimuslimischer Übergriffe und Diskriminierungen". Link: <https://www.claim-allianz.de/presse/pressemitteilung-antimuslimische-uebergrieffe-und-diskriminierung-in-berlin-2024-alarmierender-anstieg-dokumentierter-antimuslimischer-vorfaelle-in-berlin/>

² Siehe EOTO, "Monitoring Bericht zu Anti-Schwarzem Rassismus in Berlin 2024", Link: <https://eoto-archiv.de/neuigkeiten/monitoring-bericht-zu-anti-schwarzem-rassismus-in-berlin-2024>

³ Siehe Berliner Register, "Presseerklärung der Berliner Register, 3. April 2025", Link: https://berliner-register.de/documents/5899/Presseerkla%C3%A4rung_Berliner-Register-2024.pdf

„Die Hälfte der dokumentierten Beratungsfälle betreffen Rassismus, insbesondere antimuslimischen Rassismus und Anti-Schwarzen Rassismus. Diskriminierung mit Bezug zu Rassismus ist in Deutschland kein Randphänomen – dies belegt auch unsere Studie: Bei 50,4 % der dokumentierten Diskriminierungsfälle handelte es sich um Fälle von Rassismus. Gemeldet wurden 2023 vor allem Fälle von antimuslimischem und Anti-Schwarzem Rassismus (entsprechend 34,7 % und 30,3 % aller erfassten Fälle von Rassismus).“

Die Notwendigkeit effektiver Antidiskriminierungsstrukturen wird durch diese alarmierenden Zahlen unterstrichen. Antidiskriminierungsberatungsstellen, community-basierte Organisationen, Nachbarschaftsinitiativen und Sozialberatungen arbeiten mit unterschiedlichen Ansätzen daran, Rassismus entgegenzuwirken. Während professionelle Beratungsstellen Betroffene in konkreten Fällen unterstützen, bieten Community-Organisationen langfristige Netzwerke und Anlaufstellen. Gerade in Berlin-Brandenburg, wo sich rassistische Vorfälle in vielfältiger Form manifestieren, ist der Ausbau dieser Unterstützungsstrukturen essenziell. In der Praxis können die Grenzen dieser Ansätze jedoch fluid sein: so leisten qualifizierten Antidiskriminierungsberatungsstellen auch Erst- und Verweisberatungen, und Community-Organisationen begleiten oft auch Betroffene bei der Bearbeitung von Diskriminierungsfällen über einen längeren Zeitraum.

Dieses Treffen bot Raum für folgende Fragen: Was bedeutet ein community-, Peer-to-Peer- oder betroffenenorientierter Ansatz in der Beratung? Welche Stärken zeichnen die verschiedenen Ansätze aus und wie können sie sich gegenseitig ergänzen? Welche Synergien und Verweisstrukturen können entstehen, um Ratsuchende besser zu begleiten? Und von welchen Praxisbeispielen können wir lernen?

Am 5. Dezember 2024 waren zahlreiche Organisationen wie XENION, Reach Out Berlin, Kone Netzwerk zur Förderung kommunikativen Handelns, GeKo Café, Empower Mensch, LAMSA e.V., interkular gGmbH, DaMOst e. V., AntiRaktiv in Brandenburg, Amaro Foro e.V., ADNB des TBB, ADB Berlin, Yekmal e.V., Opferperspektive Brandenburg sowie weitere Akteur*innen aus der Antidiskriminierungsberatung, Bildungs- und Antirassismusbearbeitung eingeladen. Das Ziel war, Beratungsstrukturen mit verschiedenen Ansätzen, Erfahrungen und regionalen Kontexten in den Austausch zu bringen. Dabei wollten wir gemeinsam Unterstützungsstrukturen sichtbar machen, die Betroffene von Rassismus stärken und begleiten.

Ein Highlight des Abends war ein symbolisches Wichteln, bei dem kleine Gegenstände aus dem Beratungsalltag als Austauschmöglichkeit mitgebracht wurden.

III. EINBLICKE UND DISKUSSIONEN

#1 Vorstellung des Gesundheitskollektivs (GeKo)

Ewa Strankowska (medizinische Fachkraft, Ernährungsberaterin)

Das Gesundheitskollektiv stellte nicht nur die Räumlichkeiten für das Treffen zur Verfügung, sondern zeigte auch außergewöhnliche Herzlichkeit und Flexibilität bei der Anpassung an die Bedürfnisse der Veranstaltung. Der Raum bot den 25 Teilnehmenden aus 21 Organisationen eine ideale Plattform für Austausch und Vernetzung.

Das GeKo wurde von Aktivist*innen und Gesundheitsexpert*innen gegründet, die erkannten, dass viele gesundheitliche Probleme in politischen und gesellschaftlichen Strukturen tief verwurzelt sind. Das Kollektiv setzt sich für eine grundlegende Perspektivänderung in der Patient*innenversorgung ein, indem es soziale Determinanten von Krankheiten und Diagnosen als Faktoren berücksichtigt. Dabei wird deutlich, dass das GeKo nicht nur Gesundheitsversorgung anbietet, sondern auch eine fundamentale Kritik am Gesundheitssystem und an gesellschaftlichen Strukturen formuliert.

In diesem Zusammenhang ist es essenziell, die Bedeutung solcher Orte zu unterstreichen:

Eines der zentralen Rechte demokratischer Gesellschaften ist das Versammlungsrecht, das häufig erst durch das Vorhandensein solcher Räume gewährleistet wird – Räume, in denen der Austausch zu antirassistischen und allgemeinen Strategien ungehindert möglich ist. Die Entstehungsgeschichte des GeKos verdeutlicht, wie viel Hartnäckigkeit erforderlich war, um solche Räume zu schaffen.

Die während der Veranstaltung diskutierten Themen, die Vernetzungserfolge und das positive Feedback zeigten, wie lohnenswert diese Arbeit ist und welchen nachhaltigen Beitrag sie leistet.

Für weitere Informationen zum Gesundheitskollektiv siehe: <https://www.gesundheitskollektiv.de/>

#2 Input zu Community-Arbeit bei Yekmal e.V.: Einblicke in die Arbeit des kurdischen Elternvereins

Merih Ergün (Antidiskriminierungsbeauftragte bei Yekmal e.V.)

Entstehung und Geschichte

Yekmal e.V. wurde im Jahr 1993 von kurdischen akademischen Eltern, Lehrkräften und Sozialarbeiter*innen in Berlin gegründet. Ziel von Anfang an war es, die kurdische Sprache und Kultur zu fördern sowie die spezifischen Bedürfnisse der Community zu adressieren. Bereits in den ersten Jahren wuchs die Organisation schnell und konnte eigene Räumlichkeiten in Kreuzberg beziehen.

Vernetzungsarbeit, Angebote und Community

Seit seiner Gründung hat sich der Verein als eine der bedeutendsten kurdischen Selbstorganisationen in Deutschland etabliert. Neben der lokalen Arbeit in Berlin ist er bundesweit mit anderen Initiativen und Vereinen vernetzt.

Die Organisation bietet ein breites Spektrum an Bildungs- und Beratungsangeboten. Besonders im Fokus stehen dabei:

- Förderung der Mehrsprachigkeit durch Kurdisch-Kurse und pädagogische Konzepte für mehrsprachige Erziehung
- Kulturelle Angebote und Veranstaltungen zur Stärkung der eigenen Identität und Sichtbarkeit
- Unterstützung von Familien mit Flucht- und Migrationsgeschichte bei sozialen, rechtlichen und alltäglichen Herausforderungen

Ein besonderer Schwerpunkt liegt auf der frühkindlichen Bildung, da Sprache und kulturelle Identität wesentliche Bestandteile der Persönlichkeitsentwicklung sind.

Die enge Zusammenarbeit mit der Community, die bedarfsgerechte Entwicklung von Angeboten und die Förderung der Vernetzung innerhalb der Gruppe machen Yekmal zu einer wichtigen Stimme und Interessenvertretung. So werden dort der Austausch und die Entwicklung gemeinsamer Strategien zur Förderung der Mehrsprachigkeit und zur Bekämpfung von Diskriminierung nachhaltig geführt.

Beratungsangebote und Antidiskriminierungsarbeit

Ein essenzieller Bereich der Arbeit ist die mehrsprachige und niedrigschwellige Beratung, die an mehreren Standorten in Deutschland – darunter Berlin, NRW (Essen, Herford und Bielefeld), Bremen und Rheinland-Pfalz – angeboten wird. Die Beratung richtet sich an Menschen in unterschiedlichsten Lebenslagen und bietet schnelle, unbürokratische und umfassende Unterstützung.

Besonders wichtig ist dabei der Ansatz „aus der Community für die Community“. Deutsch-, Kurdisch-Kurmanci-, Kurdisch-Sorani-, Kurdisch-, arabisch-, türkisch-, Farsi- und Englischsprachige Berater*innen bieten für die Ratsuchenden gezielte Unterstützung.

Für weitere Informationen zu Yekmal e.V. siehe: yekmal.de

#3 Diskussionsprotokoll (anonymisiert)

Im Anschluss der Vorstellung von Yekmal e.V. fing eine lebendige Diskussion an:

einige Fragestellungen und Argumentationspunkte sind im folgenden Absatz zusammengefasst und/oder kontextualisiert und in Form eines Interviews wiedergegeben.

Das community-basierte Beratungsprojekt fokussiert sich auf Antirassismus. Muss sich der Community-Begriff für die Teilnehmenden dabei zwangsläufig auf ‚Kultur‘ oder ‚Herkunft‘ beziehen? Muss der ethnisch-, diasporische Zugehörigkeitsmoment ausschlaggebend sein für eine community-basierte Beratung?

Die anschließende Diskussionsrunde beleuchtete diese zentralen Fragen des Treffens. Die Rückmeldungen hoben hervor, dass Community als Zugehörigkeit aufgrund eines gemeinsamen Merkmals verstanden werden kann, etwa der Sprache oder der kulturelle Kontext, der sich zeitgleich als Anlass zur Ausgrenzung im deutschen Kontext etabliert bzw. institutionalisiert haben.

Gleichzeitig wurde darauf hingewiesen, dass dieses Verständnis zu kurz greifen kann, da verschiedene spezifische Ausgrenzungserfahrungen innerhalb der zugeschriebenen „Community“ bestehen können – etwa durch Unterschiede in Sprache, Migrationsbiografien oder kulturellen Codes. Das Zugehörigkeitsgefühl zu einer Community kann gleichzeitig mit einem Widerstand gegen deren Homogenisierungsbestrebungen einhergehen: Einer Community anzugehören bedeutet nicht, dass ihre Mitglieder gleich sind oder über die gleichen Ressourcen verfügen

Am Beispiel der kurdischen Community zeigt sich, dass sich Communitybildung nicht nur über die gemeinsame Sprache vollzieht, sondern auch über die gemeinsame Erfahrung von Unterdrückung – sowohl in Deutschland als auch in den Herkunftsländern. Die Vielzahl von Menschen innerhalb einer solchen Gemeinschaft gibt Sicherheit und bietet eine Basis für Solidarität und Entfaltung neuer Formen von Zusammenleben.

Im antirassistischen Kontext wird beobachtet, dass ein Community-Verständnis oft kulturelle und religiöse Zugehörigkeiten in den Fokus rückt. Doch ist dies eine Reduktion des Begriffs?

Es gibt zahlreiche Formen von Communities, wie beispielsweise die kurdische oder die queere Community. Hier wurde ein soziologisches und ein politisches Verständnis diskutiert: Soziologisch betrachtet können Communities als Interessensgemeinschaften verstanden werden, die um gemeinsame Merkmale oder Werte organisiert sind. Politisch betrachtet artikulieren Communities auch eine Gegenmacht, indem sie auf Unterdrückungsverhältnisse antworten und diese in der Form von Forderungen an verantwortliche Institutionen oder dominantere soziale Gruppe auch artikulieren.

Ein weiteres Beispiel ist die palästinensische Community, im Besonderen die palästinensische Jugend, die nie in Palästina war, aber in Deutschland eine spezifische Form der Gewalt erfährt und dadurch auch zu einer Community wird.

Ein anschließendes Diskussionsthema war die Frage, ob und inwiefern kulturelle oder religiöse Gemeinschaften als politische Interessensvertretungen Ängste in der Dominanzgesellschaft hervorrufen. Durch spezifische Formen der Diskriminierung kann es dazu kommen, dass ein Diskriminierungsmerkmal innerhalb der Community identitätsstiftend wird. Infolgedessen sind es oft genau diese Gruppen, die strukturelle Missstände und gesellschaftliche Ungleichheiten sichtbar machen und kritisieren. Die Ängste, die im öffentlichen Diskurs und in gesellschaftlichen Debatten entstehen, ergeben jedoch häufig Sinn, wenn diese Kritik als eine Bedrohung wahrgenommen wird – insbesondere, wenn diese Gruppe nicht als Teil der Mehrheitsgesellschaft betrachtet wird, sondern als eine Randgruppe mit Interessen, die jenen der Mehrheitsgesellschaft widersprechen.

Wie kann Community-Arbeit politisch wirksam sein?

Ein Beispiel aus der Community-Arbeit in Berlin und Brandenburg zeigt, wie Organisationen in Geflüchtetenunterkünften gezielt den Aufbau von Gemeinschaften fördern.

Im Mittelpunkt steht dabei, von institutionellem Rassismus betroffene Akteur*innen aktiv einzubeziehen und ihnen Handlungsspielräume zu eröffnen, mit denen sie ihr unmittelbares Umfeld positiv gestalten können. Diese Selbstwirksamkeit ist ein zentraler Bestandteil der Community-Arbeit, um Gefühlen der Machtlosigkeit entgegenzuwirken und gleichzeitig wirksame Strategien gegen die strukturellen Ursachen dieses Machtentzugs zu entwickeln.

Dies geschieht unter anderem durch gemeinschaftliche Projekte wie Gartenarbeit, themenbezogene Veranstaltungen oder das Formulieren politischer Forderungen sowie durch gegenseitige Unterstützung.

Gleichzeitig wurde auch thematisiert, welche individuellen Hürden den Aufbau solcher Strukturen erschweren – etwa die geografische Isolation vieler Unterkünfte, die den Zugang zu Netzwerken und Ressourcen erheblich einschränkt.

IV. THEMENTISCHE

Im Anschluss an die Diskussion wurden zwei Themenkomplexe im Plenum ausgewählt, die im späteren Verlauf des Treffens in kleineren Runden vertieft wurden. Hier folgt eine Zusammenfassung der Gesprächsergebnisse, die gemeinsam mit den Teilnehmenden festgehalten wurden. Notizen und Ergebnisse der Gespräche wurden von den folgenden zitierten Teilnehmenden dankenswerterweise für den Bericht gesammelt und weitergegeben.

Thementisch #1: Communityverständnis im Beratungsalltag und Berlin-Brandenburg im Fokus

Charlotte Njikoufon (Kone e.V.), Hải Vân Trinh (AntiRaktiv Brandenburg - DaMOst e.V., W.I.R. - Werdauer Initiative gegen Rassismus e.V.) und Sanchita Basu (ReachOut e.V.)

In den weiteren Diskussionen stand die Frage im Mittelpunkt, was genau mit „Community“ in der alltäglichen Beratungsarbeit gemeint ist. Während verschiedene Ansätze – wie der Betroffenenansatz, Community-nahe Beratung oder peer-to-peer-Konzepte – existieren, ging es in der Debatte darum, gemeinsame Kriterien für Community-Arbeit zu definieren.

Was ist eine Community?

Eine Beraterin erläuterte, dass bei vielen das Verständnis von Community in der afrikanischen Diaspora in Deutschland ein anderes ist als in den Herkunftsländern.

In der Diaspora können sich Menschen häufig als Afrikaner*innen identifizieren, während sie in ihrer Heimat primär über ethnische oder religiöse Zugehörigkeiten eine Community bilden.

Diese Beobachtung verdeutlicht ein politisches Verständnis von Community:

Durch Migration entsteht ein neues Gefühl und Verständnis von Gemeinschaft, das sich vom ethnisch geprägten Community-Verständnis im Herkunftsland unterscheidet.

In den Diaspora-Gemeinschaften entwickeln sich zudem eigene Traditionen und Praktiken, die die Identität weiter festigen. Ähnliche Dynamiken lassen sich auch in der kurdischen und palästinensischen Diaspora beobachten, wo historische Erfahrungen der Verfolgung und des Widerstands eine verbindende Rolle spielen.

Dieser Ansatz ist besonders aufschlussreich, da er einen weiteren Aspekt zum soziologischen Community-Begriff hinzufügt.

Soziologische Perspektive auf Community

Aus den verschiedenen Erfahrungen von Berater*innen wurde deutlich, dass Community über verschiedene Merkmale definiert wird:

Geografischer Raum: Eine Community kann durch einen gemeinsamen physischen oder virtuellen Raum entstehen, in dem Mitglieder interagieren – sei es eine Nachbarschaft oder eine Online-Plattform.

Gemeinsame Interessen und Werte: Geteilte Überzeugungen und Ziele verbinden die Mitglieder einer Gemeinschaft und fördern kollektives Handeln.

Sozialer Zusammenhalt: Das Netz sozialer Beziehungen und das Zugehörigkeitsgefühl, das zu essenziellen Bestandteilen einer Community werden kann.

Politisches Verständnis von Community und dessen Bedeutung für die Beratung

Neben der soziologischen Perspektive spielt das politische Verständnis von Community eine zentrale Rolle in der community-basierten Beratung. Beispielsweise wurde auf die kurdische und palästinensische Community verwiesen, deren Mitglieder durch eine gemeinsame Unterdrückungs- und Widerstandsgeschichte verbunden sind.

Es wurde gleichzeitig betont, dass in der Beratung jedoch nicht automatisch angenommen werden darf, dass jede ratsuchende Person politisiert ist oder ein politisch motiviertes Handeln verfolgt – dennoch teilt sie diese historische Erfahrung. Es geht um Wissen: Wissen über ehemalige koloniale Verhältnisse und Migrationsgeschichten sowie über die materiellen und psychischen Auswirkungen auf die individuelle, soziale und strukturelle Ebene, manchmal generationsübergreifend. Dieses Wissen sollte Teil der fachlichen Beratungskompetenz sein, um spezifische Herausforderungen und Ausschlüsse zu verstehen, mit denen Betroffene konfrontiert sind.

Eine effektive Unterstützung erfordert daher eine fundierte Kenntnis der strukturellen und historischen Bedingungen, die die Lebensrealität von Communities prägen.

Wer gehört zur Community – und wer nicht?

Ein weiterer Punkt der Diskussion war die Frage, wer als Community betrachtet wird und wer nicht. Dieser Austausch war durch die Perspektiven von Akteur*innen, die seit Jahrzehnten in der antirassistischen Beratungsarbeit tätig sind, besonders bereichernd. Ihr Wissen speist sich nicht nur aus ihrer praktischen Arbeit, sondern oft auch aus biografischen Erfahrungen, die globale und lokale Kontinuitäten historischer Diskriminierung sichtbar machen.

Gerade dieses community-spezifische Wissen schafft Vertrauensverhältnisse, die essenziell sind, um marginalisierten Menschen den Zugang zu Ressourcen zu ermöglichen. Dabei geht es auch um die Überwindung institutioneller Hürden – beispielsweise durch gezielte Kooperationen, die es Ratsuchenden erleichtern, Unterstützung zu erhalten.

Die Diskussion verdeutlichte, dass unterschiedliche Vorstellungen und Realitäten den Community-Begriff prägen und damit auch das konkrete Handeln in der Beratung beeinflussen. Gleichzeitig wurde die Heterogenität dieser Vorstellungen als Stärke gesehen, da sie die Flexibilität und Fallorientierung der Beratungsangebote ermöglicht. Die Berichte und Erfahrungen aus der Praxis belegen, dass community-basierte Ansätze besonders wirksam sind, wenn sie sich an den spezifischen Bedürfnissen und Lebensrealitäten der Ratsuchenden orientieren.

Wenn die Nutzung einer bestimmten Sprache, die Zugehörigkeit oder vermeintliche Zugehörigkeit zu religiösen Gruppen oder die Staatsbürgerschaft zu einer besonderen Form des Ausschlusses führt, kann dies zu einem identitätsstiftenden Merkmal werden und die Handlungsstrategien beeinflussen. Dies kann sich in verschiedenen Formen äußern: sei es der Spracherwerb, um den kulturellen Erhalt zu ermöglichen, alternative Wege zum Erlernen der deutschen Sprache oder das Zusammenbringen Betroffener, um eine Interessensvertretung zu schaffen und sich Gehör zu verschaffen.

Thementisch #2: Beratungsalltag und Herausforderungen in Berlin und Brandenburg

Cristina Martín Asensio ([ADB Brandenburg](#)), Jan Drunkenmölle ([Xenion e.V.](#)) und Verónica Troncoso ([Space2grow](#))

Lokale Situation in Brandenburg: Herausforderungen für Geflüchtete und Berater*innen

Die Situation von Geflüchteten in Brandenburg ist nach wie vor katastrophal und wird von zahlreichen zivilgesellschaftlichen Organisationen sowie von den Betroffenen selbst als äußerst problematisch beschrieben. Laut dem Flüchtlingsrat Brandenburg sehen sich Geflüchtete mit strukturellem Rassismus, unzureichender sozialer Unterstützung und institutionellen Hürden konfrontiert. Besonders in ländlichen Regionen ist die soziale Isolation groß, und der Zugang zu Beratungsangeboten sowie Rechtsbeistand oft stark eingeschränkt (Flüchtlingsrat Brandenburg, Jahresbericht 2023).

Ein weiteres Problem, was beobachtet wurde, ist der zunehmende Rechtsruck in Brandenburg, der sich in feindlichen gesellschaftlichen Stimmungen, rassistischen Übergriffen und einer restriktiveren Asylpolitik widerspiegelt. Fälle rassistischer Diskriminierung durch Behörden - vor allem in staatlichen Schulen - sowie beim Zugang zum Wohnraum oder in den bestehenden Mietverhältnissen werden von zahlreiche Nichtregierungsorganisationen berichtet.

Vertrauensverlust in Institutionen und die Rolle der Berater*innen

Ein zentrales Thema in der Diskussion war der erhebliche Vertrauensverlust von Ratsuchenden gegenüber staatlichen Institutionen. Viele Geflüchtete oder von Rassismus betroffenen Menschen haben Diskriminierung gerade durch jene Behörden erfahren, die eigentlich Schutz bieten sollen. Besonders für vulnerable Gruppen wie unbegleitete Minderjährige und geflüchtete oder von Rassismus betroffene Mütter von Minderjährigen stellt dies eine enorme Herausforderung dar.

Die Arbeit von Beratungsstellen besteht daher nicht nur in der Unterstützung bei konkreten Fällen, sondern auch im langfristigen Aufbau von Vertrauen.

Berater*innen stehen hier oft vor einem Dilemma: Einerseits müssen sie sich kritisch gegenüber diskriminierenden Institutionen positionieren, andererseits kann eine gewisse Kooperation notwendig sein, um den Ratsuchenden bestmöglich zu helfen.

Ein Beispiel, das in der Diskussion genannt wurde, betrifft geflüchtete und/oder von Rassismus betroffene Minderjährige, die aufgrund schlechter Erfahrungen nicht mit Jugendämtern oder Schulen sprechen möchten. Dies kann dazu führen, dass Fälle von Diskriminierung oder Missbrauch nicht gemeldet werden, was die Situation für die Betroffenen weiter verschärft. Es kann auch dazu führen, dass Kinder von geflüchteten und/oder von Rassismus betroffenen Müttern eine Inobhutnahme droht. Hier ist es die Aufgabe der Berater*innen, eine Strategie zu entwickeln, die sowohl den Schutz der Betroffenen als auch die Anerkennung struktureller Verantwortung durch die Institutionen ermöglicht.

Xenion e.V., eine Beratungsstelle für traumatisierte Geflüchtete in Berlin und Brandenburg, betont in ihren Berichten, dass eine klare parteiiche Haltung gegenüber den Ratsuchenden essenziell ist. Es gehe nicht nur um Einzelfallhilfe, sondern auch darum, strukturelle Defizite in Behörden offenzulegen und Diskriminierung aktiv entgegenzuwirken (Xenion e.V., Tätigkeitsbericht 2023).

Community-Organisationen als Brücke und politische Akteure

Community-Organisationen spielen eine Schlüsselrolle darin, Betroffene zu unterstützen, ihre Rechte wahrzunehmen und trotz des institutionellen Vertrauensverlusts handlungsfähig zu bleiben. Ein Beispiel sind Fälle rassistischer Inobhutnahmen Schwarzer Kinder, bei denen Community-Organisationen nicht nur emotionale Unterstützung leisten, sondern auch durch Einzelfallbegleitung und politische Interventionen strukturelle Missstände sichtbar machen.

So berichtet space2grow in Berlin (die auch in Brandenburg aktiv ist) von Fällen, in denen Mütter rassistische Vorurteile von Jugendämtern erleben und ihre Kinder ohne ausreichende Begründung in Obhut genommen werden. In solchen Situationen helfen Community-Berater*innen dabei, rechtliche Schritte einzuleiten und durch öffentliche Aufmerksamkeit Druck auf Behörden auszuüben (space2grow, 2023).

Ein weiteres zentrales Thema war die politische Dimension von Community-Arbeit. Diese Community-Organisationen sind nicht nur Orte der Beratung, sondern auch der politischen Interessensvertretung. Durch den direkten Zugang zu Betroffenen und deren Realität erhalten sie Einblicke in strukturelle Probleme, die oft nicht als Einzelfälle, sondern als systemische Muster erkennbar werden. Diese Erkenntnisse fließen in Berichterstattungen, politische Forderungen und öffentliche Kampagnen ein, um strukturelle Veränderungen anzustoßen.

Formen dieser politischen Intervention können sein:

- Öffentliche Berichterstattung über diskriminierende Prozesse aus Perspektive der Betroffenen (z. B. Mütter und Kinder)
- Demonstrationen und Protestaktionen gegen rassistische Strukturen in Behörden
- Vernetzung mit anderen Community-Initiativen und juristischer Beistand zur Unterstützung Betroffener.

Selbstfürsorge und Peer-to-Peer-Beratung

Ein weiteres wichtiges Thema war die Frage, wie ehemalige Ratsuchende als Peer-Berater*innen aktiv werden können, ohne sich selbst zu überlasten. Viele Ratsuchende bauen im Laufe der Zeit wertvolles Wissen über das System und ihre Rechte auf und geben dieses an andere weiter. Doch dies kann emotional belastend sein, insbesondere wenn eigene traumatische Erfahrungen mitschwingen.

Die Diskussion betonte die Notwendigkeit von Schutzmechanismen und Selbstfürsorge-Strategien für Peer-Berater*innen. Dazu gehören regelmäßige Supervision, Austauschforen sowie eine bewusste Reflexion der eigenen Rolle, um Machtungleichgewichte in der Beratung zu vermeiden.

Organisationen wie Xenion e.V. und space2grow bieten bereits spezielle Programme an, um ehemalige Ratsuchende als Peer-Berater*innen zu schulen und gleichzeitig psychische Belastungen zu minimieren. Diese Ansätze könnten als Modell für weitere Beratungsstellen dienen.

Die Diskussion zeigte, dass die Herausforderungen in der Beratung für Geflüchtete und/oder von Rassismus Betroffene in Berlin und Brandenburg vielschichtig sind.

Neben der Einzelfallhilfe spielt der politische Kampf gegen strukturelle Diskriminierung eine entscheidende Rolle, weil das auch oft der einzige Weg ist, ratsuchende Menschen im Hinblick auf die Unterversorgung lokaler Beratungsangebote oder die strengen strukturellen Verhältnisse zu helfen.

Gleichzeitig braucht es nachhaltige Strategien, um sowohl Berater*innen als auch Peer-Unterstützer*innen zu stärken und langfristig handlungsfähig zu halten.

Feedback zum Rahmen der Veranstaltung

Der Veranstaltungsort wurde allgemein als sehr geeignet für das Community-Event empfunden. Nach einer kurzen Vorstellung des Modellvorhabens des Projektes „Community-basierte Beratung“ (CbB) und die Idee dahinter, wurde dann die Arbeit von Yekmal e.V. als Beispiel für Community-Arbeit und die Entstehungsgeschichte des Gesundheitskollektivs vorgestellt, was Beides große Anerkennung fand. Der lockere Rahmen für den Austausch wurde besonders geschätzt. Teilnehmenden äußerten den Wunsch, künftig noch mehr Zeit für tiefere Diskussionen einzuplanen.

Zum politischen und gesellschaftlichen Kontext der Veranstaltung

Der gesellschaftliche Rahmen, in dem Community-Organisationen und Antidiskriminierungsberatungsstellen derzeit agieren, ist stark von finanziellen Unsicherheiten geprägt, die durch staatliche Kürzungen noch verschärft werden.

Dies trifft Organisationen, die ohnehin unter prekären Bedingungen arbeiten, besonders hart und war während des Vernetzungstreffens deutlich spürbar.

Die meisten Teilnehmenden erkundigten sich bei ihren Kolleg*innen, wie sich die finanzielle und strukturelle Lage in den kommenden Wochen und Monaten entwickeln würde. Wer wäre besonders betroffen – welche Stellen und Personen? Welche Angebote könnten nicht mehr stattfinden, und welche Ratsuchenden würden die Folgen am stärksten zu spüren bekommen? Welche Auswirkungen hätte dies auf die Team-Dynamik? Wie schwierig wäre es, unter diesen Umständen langfristige Strategien zu entwickeln? Wie viel Vertrauen, das über Jahre mühsam aufgebaut wurde, ging durch diese Unsicherheiten bereits verloren?

Die geäußerten Sorgen, Analysen, Ideen und Strategien hätten allein ausgereicht, um einen neuen Bericht zu verfassen.

Trotz spürbarer Frustration und des Bewusstseins um die zunehmend schwierigen Rahmenbedingungen zeugten die Hartnäckigkeit und Leidenschaft der Berater*innen, am Thema dranzubleiben und einen zielgerichteten, produktiven Austausch zu führen, von ihrer hohen Professionalität.

Wir danken allen Inputgebenden und allen Teilnehmenden für ihre Bereitschaft, ihre Erfahrungen mit uns und miteinander zu teilen und wünschen Alle viel Kraft in dieser herausfordernden Zeit!

Lass uns verbunden bleiben und gemeinsam Kraft sammeln!

VI. Quellenverzeichnis und weiterführende Literatur

Mitwirkende Organisationen für den Bericht und ihre Websites:

Antirassistische Initiative Fürstenwalde (AntiRaktiv) – Antirassismus- und Empowerment-Arbeit in Brandenburg,
Website: <https://www.antiraktiv.org>

Antidiskriminierungsbüro Brandenburg – Beratungs- und Dokumentationsstelle für Diskriminierungserfahrungen,
Website: <https://www.antidiskriminierungsberatung-brandenburg.de>

DaMost e.V. – Beratung und Empowerment für Migrant*innen und Geflüchtete,
Website: <https://www.damost.de>

Gesundheitskollektiv Berlin (GeKo) – Gesundheitsversorgung und soziale Gerechtigkeit, Website: <https://www.gesundheitskollektiv.de>

Kone e.V. – Mobile Opferberatung und Community-basierte Antidiskriminierungsarbeit,
Website: <https://www.kone-ev.de>

ReachOut Berlin – Beratung für Opfer rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt,
Website: <https://www.reachoutberlin.de>

Space2Grow – <https://space2grow.de>

Werdauer Initiative gegen Rassismus (WIR) – Initiative zur Bekämpfung von Rassismus in Sachsen,
Website: <https://www.wir-werdau.de>

XENION – Psychosoziale Hilfen für politisch Verfolgte e.V.
<https://xenion.org>

Yekmal e.V. – Kurdischer Elternverein in Berlin, Website:
<https://www.yekmal.de>

Weitere relevante Literatur und Quellen

Springer-Link Artikel

Autor*in: Samah Al Hashash, Hanna Hoa Anh Mai, Till Sträter, Titel: "Antidiskriminierung in der Beratungspraxis", Jahr: 2024, verfügbar unter:

<https://link.springer.com/article/10.1007/s11613-024-00919-6>

Bericht des Opferperspektive e.V. zu Aktuelle Situation in Brandenburg

Autor*in: Opferperspektive e.V., Titel: "Rassistische Diskriminierung in Brandenburg 2023", Jahr: 2023, verfügbar unter:

<https://www.opferperspektive.de/rechte-angriffe/statistik-brandenburg/aktuelle-situation>

Zivilgesellschaftliches Lagebild Antidiskriminierung 2023, Gemeinsame Falldokumentation der Antidiskriminierungsberatungsstellen im advd

Autor*in: Antidiskriminierungsbüro Deutschland, Jahr: 2024, verfügbar unter:

https://static1.squarespace.com/static/57ea5d2920099e3d1d3c150b/t/670d021f47e351517d0103d0/1728905760192/advd_jahresbericht24_241003_Web_UA.pdf

Die Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, zugleich Beauftragte der Bundesregierung für Antirassismus als Zuwendungsgeberin dar. Für inhaltliche Aussagen tragen die Verfasser beim Projektträger advd e.V. die alleinige Verantwortung. Die Beauftragte distanziert sich ausdrücklich von allen Inhalten, die möglicherweise straf- oder haftungsrechtlich relevant sind

Redaktion: Dounia Mahfoufi

Redaktionelle Zuarbeit: alle erwähnte Akteur*innen in den Absätzen

Inhaltliches Lektorat: Ilka Simon, Melisa Salazar, Büşra Okcu

Stand: November 2025

Gefördert durch:



Die Beauftragte der Bundesregierung
für Migration, Flüchtlinge und Integration
Die Beauftragte der Bundesregierung für Antirassismus

